

Europa zwischen Deregulierung und Patientenschutz

Der Vorstand der Ärztekammer Nordrhein führte kürzlich in Brüssel gesundheitspolitische Gespräche mit Abgeordneten des Europäischen Parlamentes.

Die Bedeutung der Europäischen Union (EU) für die Gesundheitspolitik ist in den vergangenen Jahren erheblich gewachsen. Das war Grund genug für den Vorstand der Ärztekammer Nordrhein, eine Reise nach Brüssel anzutreten und dort Gespräche mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu führen. Die EVP-Parlamentarier Dr. Peter Liese und Karl-Heinz Florenz und ihre Mitarbeiter gewährten Einblicke in die politische Arbeit in Europas Hauptstadt.

Zwar besitzt Europa in der Gesundheitspolitik keine umfassenden Kompetenzen, wie die Leiterin des Brüsseler Büros der Bundesärztekammer, Annabel Seeböhm, den Vorstandsmitgliedern erläuterte. Es ist grundsätzlich Sache der Mitgliedsstaaten, das Gesundheitssystem zu gestalten.

Doch weist der sogenannte Vertrag von Lissabon, der die Arbeitsweise der EU regelt, der Union den Gesundheitsschutz als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern zu. Ausdrücklich nennt der Vertrag als Handlungsfelder für die Union

- die Bekämpfung der weitverbreiteten schweren Krankheiten,
- die Erforschung der Ursachen, der Übertragung und der Verhütung dieser Krankheiten sowie Gesundheitsinformation und -erziehung,
- die Beobachtung, frühzeitige Meldung und Bekämpfung schwerwiegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren,
- die Verringerung drogenkonsumbedingter Gesundheitsschäden einschließlich der Informations- und Vorbeugungsmaßnahmen und
- die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, die darauf abzielt, die Komplementarität ihrer Gesundheitsdienste in den Grenzgebieten zu verbessern.

Auch kann die EU für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Richtlinien erlassen, die Mindeststandards setzen für den Gesundheitsschutz in der Arbeitsumwelt und den Verbraucherschutz, der neben den wirtschaftlichen Interessen auch den Gesundheitsschutz und die Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher einschließt. So sind zum Beispiel die Sicherheit von Arzneimitteln und Medizinprodukten, die Bekämpfung von Pandemien oder die Organtransplantation Handlungsfelder europäischer Gesundheitspolitik.

Binnenmarkt versus Selbstverwaltung

Von besonderer Bedeutung für die Heilberufe und andere Freie Berufe in Deutschland ist das Streben der EU nach der Vollendung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes. „Die Selbstverwaltung im Berufs- und Sozialrecht kann aus Sicht der EU-Kommission ein Hemmnis im freien Dienstleistungsverkehr sein“, sagte Annabel Seeböhm. Deregulierung, mehr Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsangleichung – das sind die Ziele der Kommission, die jedoch nach Auffassung der Bundesärztekammer in Konflikt geraten können mit dem Ziel einer hohen Qualität ärztlicher Dienstleistung und damit des Patientenschutzes – oder auch dem Ziel, Arzneimittel möglichst sicher zu machen

Dass Gesundheit eigentlich eine nationale Frage ist, das betonte auch Dr. Peter Liese. Der Kinderarzt aus dem Sauerland

ist seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlamentes und heute Sprecher der Europäischen Volkspartei (EVP) im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. „Nicht alles, was im Gesundheitswesen entschieden wird, wird in Brüssel entschieden“, sagte er, „und das soll auch noch in zehn Jahren so sein.“ Seinem Urteil nach ist die Qualität der Leistungen im deutschen Gesundheitswesen, das von der Selbstverwaltung geprägt ist, sehr hoch.

Der EVP-Abgeordnete Karl-Heinz Florenz aus Neukirchen-Vluyn, wie Liese Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, sah sich mit besonderen Formen der Lobbyarbeit konfrontiert, als es um die neue EU-Tabakrichtlinie ging. Der bei diesem Gesetzesvorhaben für die größte Fraktion im Europaparlament federführende Abgeordnete, der für strengere Vorschriften eintrat, erhielt nach eigenen Worten eine Flasche Wein, auf der als „Warnhinweis“ ein Totenkopf aufgebracht war. In einem internen Lobbyisten-Papier hieß es, Florenz müsse „isoliert“ werden.

Ungeachtet dessen hatte der Kaufmann und Landwirtschaftsmeister Florenz Tipps auf Lager für eine seriöse Lobbyarbeit in Brüssel, etwa im Interesse der Freien Berufe: „Gehen Sie auf die Abgeordneten zu, das sind keine Heiligen. Treten Sie einfach an die Leute heran, wenn Sie einen ordentlichen Vorschlag haben.“

Horst Schumacher



Gruppenbild mit Präsident Rudolf Henke (1. Reihe, 5. v.r.) und Vizepräsident Bernd Zimmer (1. Reihe, 4. v.r.): der Vorstand der Ärztekammer Nordrhein mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der rheinischen Kammer und des Brüsseler Büros der Bundesärztekammer bei seinem Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel. Foto: uma